



PRESSEMITTEILUNG

Westpfalz, 16.10.2020

Nato-Truppenstatut: Westpfälzische SPD-Abgeordnete fordern Überarbeitung

In den letzten Wochen kam es mit Blick auf Regelungen des Nato-Truppenstatuts, gleich mehrfach zu Irritationen. Die westpfälzischen Bundestagsabgeordneten Gustav Herzog und Angelika Glöckner (beide SPD) sowie der SPD-Landtagsabgeordnete Daniel Schäffner wollen das zum Anlass nehmen, auf eine Überarbeitung des Nato-Truppenstatut hinzuwirken.

Für Wirbel sorgte jüngst ein Unfall mit einem US-Amerikaner, bei dem ein 17-jähriger Mann aus Weilerbach zu Tode kam. Anstelle der deutschen Strafgerichtbarkeit hat ein amerikanisches Militärgericht den Amerikaner verurteilt. „Dieses Vorgehen hat bei vielen Menschen Betroffenheit und Unverständnis ausgelöst und ehrlich gesagt bei mir auch,“ bemerkt der Landtagsabgeordnete Daniel Schäffner. Es sei für viele nicht nachvollziehbar warum mit Verweis auf das Nato-Truppenstatut eine andere Gerichtbarkeit zuständig ist und bei dem Urteil aus Sicht vieler Menschen möglicherweise ein anderes Strafmaß ausgesprochen wird, als wenn der Unfall vor einem deutschen Gericht verhandelt worden wäre. Schäffner hat sich darauf hin an seine beiden Abgeordnetenkollegen aus dem Bundestag gewandt und ist dort auch prompt auf Verständnis gestoßen.

Nachdem der amerikanische Präsident Donald Trump im Sommer einen Truppenabzug angekündigt hatte, haben die Bundestagsabgeordneten mit Vertretern der Air Base in Ramstein und dem Betriebsrat das Gespräch gesucht. Auch hier hat sich schnell gezeigt, dass auf deutscher Seite wenig Handlungsspielraum bestehe. „Wenn die Amerikaner sich entscheiden, Truppen abzuziehen und das Gelände dennoch behalten, dann besteht auf deutscher Seite noch nicht mal die Möglichkeit, durch eigene Nutzung der Liegenschaften einen wirtschaftlichen Vorteil zu erwirken. Das ist eine ungleiche Situation,“ so der SPD-Politiker Herzog.

Ähnliches berichtet Angelika Glöckner und verweist auf die ins Stocken geratene gemeinsamen Nutzung des Gewerbegebiets „Grünbühl,“ im Bereich der Städte Pirmasens und Rodalben. „Es ist sehr schwer nachvollziehbar, dass eventuell wirtschaftliche Entwicklungen verzögert oder gar ganz unterbunden werden, nur weil von amerikanischer Seite eine Nutzung angemeldet wird, ohne dass dafür von amerikanischer Seite ein konkretes Konzept vorgelegt werden muss. Das Prinzip des Verhandeln auf gleicher Augenhöhe muss verstärkt in den Vordergrund treten, das zeigt sich aktuell an unterschiedlichen Stellen“, erläutert Glöckner.

Die SPD-Abgeordneten zeigen Verständnis für den Unmut innerhalb der Bevölkerung und betonen, dass es ihnen überhaupt nicht um eine generelle Schelte gegenüber den Amerikanern und ihren Streitkräften ginge. Die SPD-Politiker sind sich einig, dass das jahrzehntelange freundschaftliche Miteinander auch einem Zeitenwandel unterliegt. „Diesem Wandel muss aber auch durch eine Anpassung des Nato-Truppenstatuts Rechnung getragen werden,“ so die drei SPD-Politiker abschließend. Abgeordnete Glöckner hat sich hierzu bereits an die eigene Fraktionsspitze in Berlin gewandt, um für ein gemeinschaftliches Vorgehen zu werben. Auf Initiative von Gustav Herzog findet am 5. November im Bundestag eine hochrangig besetzte Konferenz zum Thema Stationierungsstreitkräfte und NATO-Truppenstatut statt.